

Berufsverbot für St. Galler Anwalt bestätigt

Bundesgericht Die St. Galler Anwaltskammer hat einem Anwalt zu Recht ein einjähriges Berufsverbot auferlegt. Der Jurist hatte sich der Gehilfenschaft zu mehrfacher ungetreuer Amtsführung schuldig gemacht, heisst es in einem Urteil des Bundesgerichts.

Der Anwalt aus dem Kanton St. Gallen war in eine Affäre verwickelt, die sich in der Logistikbasis der Armee im zürcherischen Hinwil (LBA) abgespielt hatte. Dort hatten drei frühere Kaderangestellte der Armee zusammen mit ihren Frauen eine Briefkastenfirma gegründet und diesem Unternehmen Aufträge im Umfang von 450 000 Franken zur Reparatur von Militärfahrzeugen zugeschanzt.

Hohe Geldstrafe und Busse

Der Anwalt, der Geschäftsführer dieses Scheinbetriebes war, wurde vom Bundesstrafgericht in Bellinzona wegen mehrfacher Gehilfenschaft zu ungetreuer Amtsführung zu einer bedingten Geldstrafe von 250 Tagessätzen zu je 180 Franken – 45 000 Franken – sowie zu einer Busse von 7500 Franken verurteilt. Eine Beschwerde des Anwalts gegen diese Verurteilung wies das Bundesgericht ab.

Aufgrund dieser Verurteilung wurde auch die Anwaltskammer des Kantons St. Gallen aktiv. Sie entzog dem Anwalt wegen Verletzung der Berufsregeln das Anwalts- und Rechtsagentenpatent für ein Jahr. Gegen diese Disziplinarsanktion erhob der Anwalt Beschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen. Dieses hob den Entzug des Anwalts- und Rechtsagentenpatents zwar auf, bestätigte aber das einjährige Berufsausübungsverbot.

Eine gegen das einjährige Berufsausübungsverbot eingereichte Beschwerde hat das Bundesgericht nun kürzlich abgewiesen. Nach Meinung der Richter in Lausanne ist die Anordnung des einjährigen Verbots gerechtfertigt. Der Anwalt muss die Gerichtskosten von 2000 Franken bezahlen. (tzi)

Urteil 2C_980/2016

Luchs macht Jäger Konkurrenz

Statistik Im Kanton St. Gallen schießen die Jäger seit einigen Jahren weniger Rehe. Der Grund dafür ist die weitere Ausbreitung des Luchses, wie das kantonale Amt für Natur, Jagd und Fischerei gestern mit der neusten Jagdstatistik bekanntgab.

Im vergangenen Jahr schossen die Jäger knapp 3298 Rehe, 139 weniger als 2015. Auch bei den Gämsen mit 576 geschossenen Tieren blieben die Abschusszahlen tief. Markant zugenommen haben die Entschädigungen für Wildschäden. 48 der gemeldeten Fälle betrafen Schäden an Kulturland durch Wildschweine. Elf Mal wurden Wolfsrisse entschädigt. Insgesamt wurden dabei 16 Schafe von Wölfen getötet. Weiter zeigt die Statistik, dass die St. Galler Jäger knapp 700 Rothirsche, rund 1800 Füchse, 200 Dachse und 77 Murmeltiere erlegten. (sda)

Im Alter wieder ins Dorfzentrum

Wohnen Dank kluger Planung bringt die Gemeinde Grabs ältere Menschen dazu, aus ihren zu gross gewordenen Häusern in altersgerechte Wohnungen umzuziehen. 27 von 30 Wohnungen sind bereits vermietet.

René Hornung
ostschweiz@tagblatt.ch

In Grabs herrschte lange Wohnungsnot. Doch Wohnungen wurden in Buchs oder Sevelen gebaut, für die Werdenberger Gemeinde zeigten die Investoren kein Interesse. Der Gemeinderat reagierte schon vor ein paar Jahren, unter anderem mit einer Umfrage. Er erkundigte sich bei der Bevölkerung auch nach den Wünschen fürs Wohnen im Alter. Das Resultat: Einige Einfamilienhausbesitzer konnten sich vorstellen, später in eine altersgerechte Wohnung im Dorfzentrum umzuziehen.

Die Gemeinde entschied sich, für ein solches Projekt eine freie Parzelle an der Wassergasse in unmittelbarer Nähe von Dorfzentrum und Kirche im Baurecht abzugeben. Dass man überhaupt über eine solche Baulandreserve verfügte, ist der seit längerem betriebenen, aktiven Bodenpolitik der öffentlichen Hand zuzuschreiben.

Dann war es das informelle Netzwerk des Gemeindepräsidenten, das die nun fertiggestellte Überbauung zum Erfolg machte. Er kannte die Pensimo-Gruppe, die in den 1940er-Jahren von Max und Ernst Schmidheiny als Anlagengründung für Pensionskassen gegründet worden war. Die zu Pensimo gehörende Anlagengründung Turidomus war bereit, in Grabs zu investieren. Auf der Basis eines Überbauungsplanes wurden fünf Architekturbüros zu einem Wettbewerb eingeladen, den Deon Architekten aus Luzern für sich entscheiden konnten.

Jetzt sind die vier viergeschossigen Häuser mit insgesamt 30 Wohnungen fertig gebaut. Ihre dezente Farbigkeit und die ornamentalen Balkongeländer fallen auf. Die Fassaden sind nicht einfach flächig gestrichen, sondern mit einem besenstrich-



Die vier modernen Wohnhäuser mit den 30 Mietwohnungen unweit von Kirche und Mühlbach.

Bild: René Hornung

artigen Putz überzogen, der die Farben und das Weiss ineinander vermischt. Die sich jeweils gegenüberliegenden Fassaden zeigen die gleichen Farben, die Überbauung als Ganzes changiert in frischen Blau-, Grau-, Rot- und Grüntönen.

Städtebaulich überzeugende Lösung

Nicht nur von der Architektur her, sondern auch städtebaulich ist hier eine überzeugende Überbauung gelungen. Die vier Häuser stehen nicht brav in Reih und Glied, sondern gegeneinander verdreht rund um einen kleinen Hof gruppiert. So entsteht ein Begegnungsort, man trifft sich beim

Hinein- und Hinausgehen. Die Überbauung ist für einen Ort wie Grabs keine Selbstverständlichkeit. Hier steht selbstbewusste, zeitgenössische Architektur, die aber den Massstab des Dorfes respektiert. Grabs hat hier zwar nicht selber gebaut, aber indem die Gemeinde den Boden behalten und im Baurecht abgegeben hat, konnte sie immer mitreden.

Der Erfolg zeigt sich bereits: 27 der 30 Wohnungen sind vermietet. Ein grosser Teil der Zuzügerinnen und Zuzüger sind ältere Menschen, die schon bisher in Grabs wohnten. Sie haben das umgesetzt, was sie in der damaligen Befragung angegeben hatten: Sie verliessen ihre zu gross

gewordenen Häuser und wohnen nun in altersgerechten Wohnungen im Dorfzentrum. Die Gemeinde trägt selbst Wichtiges zum Wohlbefinden der neuen Bewohner bei. Sie hat für vorerst drei Jahre die Parterre-Räume in einem der vier Häuser gemietet und stellt sie als Treffpunkt und Anlaufstelle zur Verfügung. Hier soll sich ein Gemeinschaftsleben entfalten können, betont Gemeinderätin Katharina Gächter. Ihre Amtsvorgängerin hatte das Projekt bereits aufgegleist. So gibt es in der Überbauung Auskünfte zu Gesundheit und Alter, eine Physiotherapie- und eine Fusspflegepraxis. Pensimo hat als Investor dafür gesorgt, dass die

Neubauwohnungen bezahlbar bleiben. Die Stiftung hat sich auch bei vielen anderen Projekten den Anspruch des bezahlbaren Wohnraums auf die Fahne geschrieben. Architekt Luca Deon und sein Team mussten dafür allerdings auch einige Abstriche machen. So wurde auf die ursprünglich über Eck geplanten Fenster verzichtet, und es sind Kunststoffenster eingebaut. Gewaschen wird in der Waschküche im Keller und in den kleineren Wohnungen gibt es kein zweites WC. Dank solcher und weiterer Sparmassnahmen kosten die 2,5- bis 4,5-Zimmer-Wohnungen zwischen 1500 und knapp 1900 Franken Monatsmiete.

Regierung will Bildungskosten offenlegen

Datenbank Sind die Bildungskosten zu hoch oder nicht? Darüber wird im Kanton St. Gallen gestritten. Eine öffentlich zugängliche Statistik soll Klarheit bringen.

«Ineffiziente Strukturen» und ein «problematisches» Kostenwachstum im St. Galler Schulwesen: Mit dieser Kritik hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) St. Gallen-Appenzell eine politische Debatte ausgelöst. Sie bemängelte, bei den Bildungskosten pro Einwohner sei St. Gallen der fünftteuerste Kanton. Bildungsdirektor Stefan Kölliker (SVP) wehrte sich: Indem die IHK die Bildungsausgaben pro Einwohner berechne, zeichne sie ein falsches Bild. Wenn man die Kosten in Bezug zu den Schülerzahlen der Volksschulen setze, liege der Kanton im Durchschnitt (Ausgabe vom 7. Februar).

Inzwischen hat in dieser Sache das Kantonsparlament interveniert: Sämtliche Fraktionen ausser der SVP reichten eine gemeinsame Interpellation ein. Darin wird auf die sogenannte Fista-Statistik hingewiesen, die den Behörden und der Verwaltung zur Verfügung steht. Dort seien die Kosten pro Schüler ersichtlich

und Vergleiche zwischen den Schulgemeinden möglich. Doch diese Statistik sei nicht öffentlich: «Dies ist wenig verständlich» – immerhin mache die Volksschule rund 70 Prozent der Kosten in den Gemeindehaushalten aus. Die Fraktionen wollten von der Regierung wissen, warum diese Statistik nicht allgemein zugänglich sei – die Daten seien wichtig für die Meinungsbildung.

Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips stehe die Fista-Statistik jedermann zur Einsicht offen, wenn darum ersucht wer-

Neue Datenbank ab dem Jahr 2018?

de. Sie sei jedoch für Fachleute gedacht und entsprechend komplex. Zudem sei die Datenbank technisch veraltet. «Voraussetzung für eine Veröffentlichung der Fista-Statistik im Internet wäre eine inhaltliche und technische Überarbeitung.» Die Regierung will nun zusammen mit den Verbänden der Schulgemeinden und der Gemeindepräsidenten abklären, ob ein Interesse an einer solchen modernisierten Statistik besteht und – falls ja – welche Daten publiziert werden sollten. Ziehen die Gemeinden und Schulträger mit, könnte laut der Regierung auf das Jahr 2018 hin eine «finanziell und technisch fortschrittliche» Lösung erreicht werden. Allerdings dränge sich eine «substanzvolle Kostenübernahme durch die Gemeinden» auf. Einstweilen bleibt die Fista-Statistik in bisheriger Form bestehen.



Wie viel kostet das St. Galler Bildungswesen pro Schülerin und Schüler? Diese Zahlen sollen öffentlich werden. Bild: Benjamin Manser

Adrian Vögele
adrian.voegele@tagblatt.ch

12 000 wollen Spital erhalten

Petition Gut 12 000 Personen haben die Petition «Zukunft für Spital Heiden» unterzeichnet. Sie machen sich damit stark für den Erhalt des defizitären Regionalspitals. Gestern wurde die Petition in Herisau der Ausserrhoder Regierung übergeben.

Die Aktionsgruppe der Petitionäre schrieb in einer Medienmitteilung von einem «überwältigenden Resultat». Die Verantwortlichen aus Politik und des Ausserrhoder Spitalverbands sollten das deutliche Zeichen als Motivation zum Einsatz für die Zukunft des Spitals Heiden nehmen. Die Petition stiess hauptsächlich in der Region um Heiden auf grossen Anklang, wurde aber auch von über 3000 Personen aus den st. gallischen Nachbargemeinden unterzeichnet. Rund 1700 Unterschriften kamen aus anderen Regionen und Kantonen, wie die Petitionäre mitteilten. Das Spital Heiden arbeitet seit mehreren Jahren defizitär. 2016 betrug der Fehlbetrag 6,8 Millionen Franken. Das Spital beschränkt sich deshalb ab April auf die Innere Medizin und die Geburtshilfe. (sda)